



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

# Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln

Aktuell seit 30.04.2026 09:07:09

### Angegeben von:

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. (R001463) am 05.11.2024

### Beschreibung:

Der BPI fordert, dass Fluorpolymere von einem generellen PFAS-Verbot ausgenommen werden. Diese Stoffgruppe ist für die pharmazeutische Produktion unverzichtbar, da sie besondere Eigenschaften wie chemische Beständigkeit und geringe Reaktivität besitzt, welche in Produktionsanlagen unerlässlich sind. Ein Pauschalverbot würde die Arzneimittelproduktion in der EU gefährden, da es aktuell keine gleichwertigen Alternativen gibt. Daher plädiert der BPI für eine differenzierte und risikobasierte Regulierung anstelle einer pauschalen Beschränkung von PFAS.

### Betroffene Interessenbereiche (6)

---

Arzneimittel [[alle RV hierzu](#)]

Gesundheitsversorgung [[alle RV hierzu](#)]

Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [[alle RV hierzu](#)]

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [[alle RV hierzu](#)]

Wissenschaft, Forschung und Technologie [[alle RV hierzu](#)]

### Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

---

1. [SG2411050003](#) (PDF - 26 Seiten)

### Adressatenkreis:

Versendet am 19.07.2024 an:

**Bundestag**

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

**Bundesregierung**

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]